Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/947

14. 10. 87

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zur sozialen Flankierung des Strukturwandels in der Stahlindustrie

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat mit großer Besorgnis Kenntnis genommen, daß die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie in der sog. Stahlrunde am 2. Oktober 1987 in Bonn den Abbau weiterer 34 900 Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie angekündigt hat. Die Bundesregierung hat diese Ankündigung widerspruchlos hingenommen. Zusammen mit den betroffenen Arbeitnehmern der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, für die ein Konkursantrag bereits gestellt wurde, verlieren damit rd. 37 000 Beschäftigte kurzfristig (bis 1989) ihren Arbeitsplatz.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat diesem tiefgreifenden Arbeitsplatzabbau der Stahlindustrie ihre Zustimmung gegeben,

- ohne die Ergebnisse der vom EG-Ministerrat erst kürzlich eingesetzten Stahl-Moderatoren abzuwarten;
- ohne daß auch nur erkennbar wäre, ob und in welchem Ausmaß die anderen EG-Mitgliedstaaten vergleichbare Maßnahmen zum Kapazitätsabbau ergreifen werden;
- ohne die Garantie zu besitzen, daß Subventionsleistungen in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere in Italien, Belgien und Frankreich, wirklich gestoppt werden;
- obwohl eine Einigung innerhalb der EG auf die Verlängerung des Produktionsquotensystems noch aussteht und die Lastenaufteilung zwischen den Mitgliedstaaten noch völlig offen ist.

Zur dauerhaften Überwindung der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie, ihrer regionalen Verwerfungen als Folge des radikalen Kapazitätsabbaus und ihrer sozialen Härten reichen die von der Bundesregierung für Sozialpläne zusätzlich zur Verfügung gestellten 130 Mio. DM nicht aus. Sie sind, gemessen an den Hilfen für andere strukturschwache Wirtschaftszweige sogar außerordentlich niedrig. (Die von der Bundesregierung genannten 600 Mio. DM teilen sich auf folgende Finanzquellen auf: 150 Mio. DM aus dem EG-Haushalt, 150 Mio. DM als Anteil der betroffe-

nen Bundesländer, rd. 170 Mio. DM als Anteile des Bundes aus den mittelfristig bereits eingeplanten EGKS-Hilfen nach Artikel 56 Abs. 2 EGKS-V und rd. 130 Mio. DM neu eingestellter Bundesmittel).

Die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" eingestellten 180 Mio. DM, verteilt auf drei Jahre, reichen nicht aus, um dem sog. Gleichbehandlungsgrundsatz der Regionalpolitik zu entsprechen.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

- durch konsequente, auf ein klares Konzept gestützte Verhandlungen im EG-Ministerrat am 8. Dezember 1987 sicherzustellen, daß ein Produktionsquotensystem unter Einbeziehung aller Produkte für die Dauer der Krisenbewältigung beschlossen wird, das die anerkannte Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlunternehmen ausreichend berücksichtigt und eine gerechte Lastenaufteilung zwischen den EG-Mitgliedstaaten gewährleistet;
- durch die Bündelung aller Programme und Instrumente auf EG-, Bundes- und Länderebene unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um für die betroffenen Regionen die dringend benötigten Ersatzarbeitsplätze bereitzustellen. Dabei sollte die „Zukunftsinitiative Montanregionen" der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Grundlage der Überlegungen bilden;
- soweit Freisetzungen durch Anpassungsprozesse unvermeidlich werden, müssen diese sozialverträglich gestaltet und von entsprechend ausgestatteten Sozialplänen begleitet werden. Dabei müssen die EGKS-Beihilfen nach Artikel 56 Abs. 2 so angepaßt werden, daß
  - o die Übergangshilfen bereits nach Vollendung des 50. Lebensjahres gezahlt werden;
  - o die Abfindungshilfen bereits für die 40- bis 50jährigen bereitgestellt werden;
  - o die Übergangs- und Umschulungshilfen deutlich aufgestockt werden.

Es ist Sorge dafür zu tragen, daß die deutschen Stahlunternehmen, die auch 1986 noch überwiegend beträchtliche Gewinne auswiesen, den äußerst zumutbaren Eigenbeitrag zu den Sozialplankosten leisten.

Bonn, den 14. Oktober 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333